

Antrag

der Abgeordneten Martina Koeppen, Alexander Mohrenberg, Matthias Czech, Gabi Dobusch, Sabine Jansen, Dirk Kienscherf, Gulfam Malik, Dr. Christel Oldenburg, Lars Pochnicht, Marc Schemmel, Dr. Tim Stoberock, Philine Sturzenbecher, Sarah Timmann, Michael Weinreich, Dagmar Wiedemann, Güngör Yilmaz (SPD) und Fraktion

und

der Abgeordneten Olaf Duge, Miriam Block, Rosa Domm, Gerrit Fuß, René Gögge, Dominik Lorenzen, Zohra Mojadeddi, Johannes Alexander Müller, Andrea Nunne, Dr. Miriam Putz, Dr. Gudrun Schittek, Ulrike Sparr (GRÜNE) und Fraktion

Betr.: Hamburger Holzbaustrategie

Am 12. Februar 2020 hat die Hamburgische Bürgerschaft eine Fortschreibung des Hamburger Klimaplanes sowie das Hamburgische Klimaschutzgesetz (vergleiche Drs. 21/19200) beschlossen. Rot-Grün hat sich damit ambitionierte Ziele für den Klimaschutz und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in Hamburg gesetzt. Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoß Hamburgs um 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt und bis 2050 soll Klimaneutralität erreicht werden, das heißt minus 95 Prozent CO₂-Ausstoß gegenüber 1990.

Private Haushalte und Gebäude werden auch hier ihren Beitrag dazu leisten. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft werden SPD und GRÜNE im Bündnis für das Wohnen die Anforderungen des Klimaplanes umsetzen. Als Grundlage wird dafür derzeit eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Neben dem Klimaschutz gilt es auch, Hamburgs Baukultur und das Stadtbild wie zum Beispiel das Backsteinerbe Hamburgs für die Zukunft zu sichern.

Der schonende Umgang mit den vorhandenen Ressourcen hat bei der Entwicklung der anstehenden Projekte deswegen eine hohe Priorität. Ein Baustein zur Erreichung der Hamburger Klimaziele ist die Verwendung nachhaltiger Baustoffe, die zur Vision dieses urbanen Zusammenlebens gehört. Holz soll hier eine wichtige Rolle spielen. Die Verwendung von Holz im Bereich der Konstruktion verursacht im Vergleich zu anderen Baumaterialien in der Regel geringere Treibhausgasemissionen. Warme, organische Baumaterialien wie Holz stehen – ganz im Sinne des Klimaschutzes – für Nachhaltigkeit und den schonenden Umgang mit Ressourcen und schaffen eine angenehme Atmosphäre innerhalb des Quartiers.

Bei geförderten Bauprojekten achtet Hamburg schon jetzt darauf, dass nur zertifizierte Holzprodukte aus nachhaltigen Quellen verarbeitet werden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung dieser Bauweise wird es notwendig, dies als allgemeines Kriterium für den Holzbau zu verankern. Baumplantagen, die als Monokultur nur für den Zweck der baulichen Verwertung des Holzes angelegt werden, lassen nur wenig oder keine Artenvielfalt zu, sind dem Klimawandel weniger gewachsen als standortangepasste Mischwälder und daher ökologisch nicht nachhaltig.

Hamburg hat beim Thema Holzbau im Bund eine Vorreiterrolle übernommen und schon 2018 mit der Änderung der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) als eines der ersten Bundesländer die Grundlage geschaffen, unter Einhaltung gewisser Rahmenbedingungen die Massivholzbauweise für Gebäude bis zur Hochhausgrenze möglich zu machen. Die Musterbauordnung und andere Länder folgen dem Vorbild Hamburgs. Der Beschluss der Bauministerkonferenz vom 27.09.2019 schafft die Voraussetzung für die Verwendung von Holzkonstruktionen in allen Gebäudeklassen bis zur Hochhausgrenze (22 Meter).

Seit Änderung der HBauO wurden bereits einige Bauprojekte in Massivholzbauweise errichtet, unter anderem in Neugraben-Fischbek oder Studentenwohnungen in Wilhelmsburg. Mit der „Wildspitze“ in der HafenCity entsteht das höchste Holzhochohaus Deutschlands. Das Hochhaus soll ein Ausstellungszentrum der Deutschen Wildtier Stiftung zum Thema Naturschutz und Wildtiere beherbergen. Die Außenfassade und die tragende Konstruktion des Gebäudes bestehen aus Holz.

Durch einen hohen Vorfertigungsgrad und moderne Fertigungstechniken im Holzbau wird die Bauzeit erheblich verkürzt. Serielles, vorgefertigtes Bauen wird durch Regelungen unterstützt. Dies eröffnet zusätzlich innovative, konstruktive und gestalterische Möglichkeiten.

Hamburg fördert den Holzbau auch finanziell im sozialen Mietwohnungsbau. Mit der Holzbauförderung im Rahmen der Mietwohnungsneubauförderung wird die Verwendung von Holz in der Gebäudekonstruktion im sozialen Wohnungsbau unterstützt. Das Förderprogramm der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) wurde 2017 aufgesetzt. Als Fördervoraussetzung muss das eingesetzte Holz aus nachhaltigen Quellen stammen, fest im Gebäude verbaut und Teil der Konstruktion sein. Bislang wurde für zehn Bauvorhaben mit 181 Wohnungen die Zusatzförderung in Anspruch genommen.

Hamburg wird die Holzbauförderung weiter ausbauen und mithilfe einer Holzbaustrategie die Potenziale dieses Baustoffs für Klimaschutz, Ressourcenschonung, kosteneffizientes Bauen, Nachverdichtung und Stadtgestaltung weiter heben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. eine Hamburger Holzbaustrategie zu entwickeln. Dabei ist zu prüfen,
 - a. welches Treibhausgasemissionsminderungspotenzial die Verwendung von Holz im Bausektor hat und welche Ziele sich mit Blick auf die Hamburger Klimaziele daraus ableiten lassen;
 - b. wie Nachhaltigkeitszertifizierungssysteme für Gebäude (wie etwa das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen) dazu beitragen können, die sogenannte Graue Energie und damit Treibhausgasemissionen des Bausektors zu reduzieren;
 - c. welche Rahmenbedingungen (zum Beispiel Herkunft, Kosten, Lieferketten, Naturschutz, nachhaltige Waldbewirtschaftung, Artenschutz, soziale Standards) dabei von Relevanz sind;
 - d. ob die etablierten forstlichen Zertifizierungssysteme (FSC und PEFC) bei der Wald- und Produktkettenzertifizierung die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung in ausreichendem Maße gewährleisten und welche Möglichkeiten bestehen, gegebenenfalls erkannte Probleme durch weitere Maßnahmen zu beheben;
 - e. wie der Austausch mit anderen Ländern intensiviert werden kann, in denen erfolgreiches Bauen mit Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen praktiziert wird;
2. die unter 1. angeführte Holzbaustrategie und die darin aufgeführten relevanten Aspekte der Holz(modul)bauweise als Handreichung separat darzustellen;

3. bisher umgesetzte Holzbauprojekte (Neubau, Umbau und Anbau) in Hamburg seit dem 1. Mai 2018 darzustellen. Dabei sind insbesondere die Belegenheiten der Projekte, die Bruttogeschossfläche (BGF) und gegebenenfalls Wohneinheiten (WE), die verwendete(n) Holzkonstruktionsart(en) und energetische Aspekte darzulegen;
4. generell bei Konzeptausschreibungen für die Vergabe von Erbbaurechten oder den Verkauf städtischer Grundstücke das Thema Holzbau als Bewertungskriterium einzubringen;
5. bei allen öffentlichen Bauvorhaben in eigener Verantwortung die Verwendung von zertifizierten Forstprodukten zu gewährleisten;
6. zu prüfen, inwieweit nur aus zertifizierten Quellen stammendes Bauholz zur Anwendung kommen kann;
7. der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 zu berichten.